

## Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

### **CDU erhöht die Grundsteuer B von 250 % auf 365 % erhöht!**

**Gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen hat die CDU im Petersberger Gemeindeparlament diese massive Steuererhöhung beschlossen.**

Für völlig überzogen hält die Fraktion der Linke.Offene Liste in der Petersberger Gemeindevertretung die mit den Stimmen der CDU beschlossenen Erhöhungen der Grundsteuer A und B auf nun 332 bzw. 365 v.H. (derzeit 240 bzw. 250 v.H.). Diese massive Erhöhung lässt sich nicht rechtfertigen.

In der Sitzung am 15.12. hat die Linke.Offene Liste auf die aktuellen Entwicklungen bei den Steuereinnahmen des Bundes und des Landes, vor allen Dingen bei den Gemeinschaftssteuern, hingewiesen. Insbesondere die Entwicklung im Bereich der Einkommenssteuer lassen auch für die Kommunen erhebliche Zuwächse erwarten. Der Bund erwartet für 2017 24 Milliarden Euro oder 6,5 Prozent Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern. An dieser Einnahmeentwicklung werden die Kommunen beteiligt.

Hinzu kommt, dass die Gemeinde über ausreichend Rückstellungen und liquide Mittel verfügt. Auch hat der Kreistag noch nicht über die Höhe der Schulumlage und der Kreisumlage entschieden. Die Beratungen im Landkreis beginnen erst in der nächsten Woche, die endgültige Beschlussfassung ist im Februar geplant. Der Landrat hat eine deutliche Senkung der Schulumlage in Aussicht gestellt, so dass ein befürchtetes Minus allein hierdurch schon um die Hälfte reduziert würde. Die von der CDU - Mehrheit beschlossenen Steuererhöhungen sind nach Auffassung der Linken.Offenen Liste ein ungerechtfertigter Griff in die Taschen der Bürger.

### **Sozialer Wohnungsbau abgelehnt!**

Land auf Land ab, Jeder weiß dass wir ein Problem mit bezahlbarem Wohnraum haben. Bund und Land legen milliardenschwere Programme auf. Zu dem allgemeinen Problem der Wohnungsnot sind in unserer Gemeinde derzeit etwa 200 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, bereits jetzt sucht ein Teil dieser Flüchtlinge eine bezahlbare Wohnung ohne Aussicht auf Erfolg und in Konkurrenz zu vielen anderen Bürgern die preiswerte Wohnungen suchen. Wer Integration will, muss Bedingungen schaffen - der muss bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger schaffen. Im Haushalt im Bereich Wohnungsbauförderung ist die „stolze Summe“ von 1500,- Euro eingestellt. Wer so handelt, bzw. nicht handelt nimmt steigende Konflikte in unserer Gesellschaft in Kauf, daran sollte niemand Interesse haben. Unseren Vorschlag für den Bau von Sozialwohnungen lehnten die anderen Parteien ab. Ihnen war nur aufgefallen das wir fälschlicher Weise den Bau im „Kleinen Krähfeld“ beantragt hatten, richtigerweise hätte wir beantragen müssen im „Kleinen Krähenfeld II“. Sicherlich kann man darüber streiten ob man andere Fördermaßnahmen einsetzen möchte. Aber gar nichts tun ist die schlechteste Variante.

# **Debatte um den Kindergarten und das Jugendheim geht weiter!**

Die Debatte um den Kindergarten und das Jugendheim wird immer skurriler. Die ständige Taktiererei der Gemeinde um die Renovierung und die damit verbundenen Kosten für den Marbacher Kindergarten ist unerträglich. Seit Jahren verhandelt nun die Gemeinde mit der Kirchengemeinde. Nun ist ein Neubau des Kindergartens ins Gespräch gebracht worden. Dabei wurde ein Vorschlag von der Kirchengemeinde zum Abriss des Jugendheimes in Spiel gebracht. Auch wird über einen Neubau des Kindergartens am Riegelacker diskutiert.

Wir verlangen endlich eine klare Vereinbarung der Gemeinde mit der Kirche, die den Kindergarten modernisiert oder einen Neubau ermöglicht. Das Jugendheim kann von der Gemeinde dabei aber auf keinen Fall zur Disposition gestellt werden. Die Gemeinde sollte auf den Vorschlag der Kirchengemeinde eingehen und einen Erbbaurechtsvertrag zu dem Grundstück des Kindergartens und des Jugendheimes abschließen.

## **CDU lehnt Haushaltsmittel für Anrufsammeltaxi ab!**

Die äußerst mangelhafte bzw. fehlende Anbindung in den Verkehrsschwachen Zeiten wird von der CDU in Petersberg ignoriert. Dabei stellt das Land Hessen bereits ab 2017 jährlich nun rund 800 Millionen Euro für die Verkehrsbehörde zur Verfügung. Eine Steigerung um 20 Prozent im Vergleich zum Status quo.

Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung des Landes stehen nun zusätzliche Mittel bereit um attraktive Leistungen zu günstigeren Preisen anzubieten, so ist es seit Wochen in der Presse zu lesen. Wir haben vorgeschlagen schlagen, die Gemeinde Petersberg in das Anrufsammeltaxi-System der Stadt Fulda einzubinden. Die nun vom Land eingesetzten zusätzlichen Mittel könnten die Belastungen für die Gemeinde in Grenzen halten.

Bei dem öffentlichen Nahverkehr geht es nicht um eine freiwillige Leistung. Der öffentliche Nahverkehr ist eine gesetzliche Aufgabe, dieser sollte sich die Gemeinde stellen und für ein attraktives Angebot auch in unserer Gemeinde sorgen. Wenn man bedenkt, dass die Gemeinde es sich leistet, jährlich ein Minus von etwa 130.000,- Euro für das Parkhaus in Petersberg abzudecken, für die gesetzliche Aufgabe des öffentlichen Nahverkehrs aber gerade mal 60.000,- Euro im Jahr aufbringt, muss schon die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestellt werden

## **Keine Bürgerversammlung in Petersberg!**

Die CDU Mehrheit hat wieder einmal eine Selbstverständlichkeit abgelehnt.

Nach § 8a der Hessischen Gemeindeordnung sollte mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung über wichtige Angelegenheiten stattfinden. Unser Vorschlag auf Grund aktueller Themen eine Bürgerversammlung wenigstens in Marbach durchzuführen lehnten CDU und SPD ab. Während die FDP unserem Vorschlag zustimmte enthielt sich die CWE.

Alleine gegen das geplante Baugebiet gab es über 150 Einwendungen. Sollte die Gemeinde trotz der Einwendungen an dem Vorhaben festhalten wollen, wäre eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger dringend geboten. Auch die Frage des Kindergartens, des Jugendheimes und der Windräder interessiert die Bürger.

**Unsere Homepage - <http://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/antraege/>**